

**Lothar Binding (Heidelberg)**

- (A) Wir müssen den Spitzensteuersatz, der heute schon bei weniger als dem Doppelten des Durchschnittseinkommens beginnt, deutlich nach rechts verschieben. – Das wäre unbezahlbar. Also wäre es gerecht, zu sagen: Wir heben den Spitzensteuersatz deutlich an. – Das wäre ein richtig guter FDP-Vorschlag, weil das die Steuerstrukturkurve auf eine gerechte Progression zurückführen würde.

(Beifall bei der SPD)

Stattdessen beantragen Sie ein Sammelsurium von Steuergeschenken. Sie geben den Staatsbürgern sozusagen das zurück, was Sie ihnen vorher genommen haben. Das macht irgendwie keinen Sinn. Wir lehnen diese unrealistischen Versprechungen ab. Das ist das Blaue vom Himmel. Deshalb ist es schön, dass Gabriele Hiller-Ohm und einige Kollegen von der CDU/CSU schon vorgebracht haben, welche Maßnahmen wir konkret machen. Die sind kein „Wünsch dir was“, sondern ganz konkret. Dabei gibt es aber etwas richtig Dummes: Das, was wir vorschlagen und machen, muss ja bezahlt werden. Das Familienentlastungsgesetz muss im Haushalt abgebildet werden. Der Grundfreibetrag soll angehoben werden. Die kalte Progression wird kompensiert. Zur kalten Progression steht auch wieder etwas in Ihrem Antrag. So etwas Überflüssiges: Die ist schon längst erledigt.

(Zuruf von der FDP: Was?)

Seit über 20 Jahren wird sie kompensiert. Sie müssen nur auf die Tarife und auf die Bemessungsgrundlage schauen. Man muss eine kleine Berechnung anstellen, um das zu sehen; das stimmt.

- (B) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen den Solidaritätszuschlag abschaffen, und zwar in einem ersten Schritt zur Hälfte. Später sehen wir dann, ob sich noch mehr machen lässt. Das Kindergeld wird angehoben, und es ist alles finanziert. Das macht unsere Arbeit seriös, und Ihre Arbeit ist dort, wo ich sie eben angesiedelt habe.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Lothar Binding. – Der letzte Redner in der Debatte: Stephan Stracke für die CDU/CSU-Fraktion. Jetzt müssen Sie ran.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Stephan Stracke (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass dem Kollegen Binding angesichts der Rekordsteuereinnahmen gleich die Erhöhung des Spitzensteuersatzes einfällt, ist natürlich eine Spezialität der SPD.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Das war ein Vorschlag der FDP! Ich wollte der FDP helfen! – Beifall bei Abgeordneten der FDP)

(C) Nun zur FDP: Der Antrag ist ein wildes Sammelsurium von Einzelvorschlägen ohne erkennbaren konzeptionellen roten Faden. Er enthält im Übrigen auch kein einziges Wort dazu, welche finanziellen Auswirkungen die vorgeschlagenen Maßnahmen tatsächlich hätten. Der Antrag hat etwas von einem Wühltisch im Schlussverkauf: Man gräbt sehr lange, aber am Ende findet man nichts Gescheites. Deswegen will ich mich nicht so intensiv inhaltlich mit dem Antrag befassen, sondern einfach mal deutlich machen, was diese Regierungskoalition tatsächlich tut.

Sie steht nämlich für die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger. Wir halten in diesem Bereich Wort und haben schon in den ersten 100 Tagen im Amt zwei große Entlastungspakete mit einem Umfang von 12 Milliarden Euro für 2019 und 18 Milliarden Euro ab dem Jahr 2020 auf den Weg gebracht. Dabei steht zunächst im Vordergrund: Wir wollen, dass der Beitrag zur Krankenversicherung wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gezahlt wird. Das ist gut und kommt vor allem den Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung zugute, mit einem Entlastungsvolumen von jährlich 8 Milliarden Euro. An dieser Stelle schrubbelt die FDP. Es ist ganz offenkundig: Wir wollen, dass den Bürgerinnen und Bürgern bzw. den Versicherten mehr Geld in der Tasche bleibt, die FDP will das natürlich nicht.

(D) Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind diejenigen, die einen klaren Schwerpunkt bei den Familien mit Kindern setzen. Sie erhalten eine milliardenschwere Unterstützung durch den Bund. Ich denke hier an das Kindergeld, das wir erhöhen, den Kinderfreibetrag, den wir erhöhen, das steuerliche Existenzminimum, das wir anheben wollen, und den Abbau der kalten Progression. Davon profitieren vor allem die unteren und mittleren Einkommen mit einem Entlastungsvolumen von 4 Milliarden Euro im nächsten Jahr. Das steigt dann auf über 10 Milliarden Euro an. Das zeigt: Auch wir haben einen klaren Blick auf diejenigen, die es nötig haben, auf Kinder und Familien, und deswegen stellen wir das in den Vordergrund.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kollegin Hiller-Ohm hat die Arbeitslosenversicherung angesprochen. Wir haben uns im Rahmen des Koalitionsvertrages darauf verständigt, den Beitrag um 0,3 Prozentpunkte absenken zu wollen. Das ist auch fest so vereinbart. Ich hoffe, der Minister bringt das jetzt auf den Weg. Dennoch: Die Idee dabei war ja, die Menschen netto in Höhe von 1,8 Milliarden Euro zu entlasten. Jetzt sehen wir natürlich die Entwicklungen, die wir beispielsweise bei der Pflegeversicherung haben.

(Johannes Vogel [Olpe] [FDP]: Ach was!)

Deswegen ist es sinnvoll, bei der Arbeitslosenversicherung weiterzugehen und um bis zu 0,5 Prozentpunkte zu senken. Die Rücklagen sind doch da: 22,5 Milliarden Euro am Ende dieses Jahres, und das baut sich selbst bei 0,5 Prozentpunkten auf über 28 Milliarden Euro auf. Der Spielraum ist da, und wir sollten das tun, weil es letztendlich auch den Geist des Koalitionsvertrages atmet.

Stephan Stracke

- (A) Wir haben einen weiteren wesentlichen Punkt für Familien auf den Weg gebracht, nämlich das Baukindergehalt, ein schneller und wirksamer Impuls für die Eigenumbildung durch Familien. 12 000 Euro Zuschuss pro Kind, rückwirkend ab dem 1. Januar dieses Jahres! Bayern legt noch 3 000 Euro pro Kind drauf. Das nennt man Baukindergehalt Plus. Da merkt man: Ein großer Wurf für das Wohnen! Das gibt einen echten Schub für mehr in diesem Bereich. Das zeigt: Wir machen uns entschlossen daran, die Menschen zu entlasten. Das tun wir in dieser Koalition und vor allem unter dieser Bundesregierung.

Herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:**

Ich schließe die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 19/2986 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen, wobei die Federführung beim Ausschuss für Arbeit und Soziales liegen soll. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 9:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss) zu der Verordnung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Bundesministeriums für Gesundheit

(B)

**Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe (Pflegeberufe-Ausbildungs- und -Prüfungsverordnung – PfAPrV)**

**Drucksachen 19/2707, 19/2768 Nr. 2, 19/3045**

Hierzu liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind 38 Minuten für die Aussprache vorgesehen. – Es gibt keinen hörbaren Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Bundesminister Jens Spahn.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Jens Spahn, Bundesminister für Gesundheit:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe reiht sich ein in das Gesamtpaket, das wir in der Koalition gemeinsam angehen, um die Vertrauenskrise, die es in der Pflege gibt und die wir alle im Kontakt mit Pflegekräften in der Alten- und Krankenpflege spüren, zu überwinden. Wir haben gesagt: Wir wollen 13 000 neue Stellen in der Altenpflege schaffen. Wir senden für die Krankenpflege die klare Botschaft: Jede zusätzliche Stelle in den Krankenhäusern für die Pflege wird finanziert. „Kein Geld“ ist keine Ausrede mehr für die Arbeitgeber, für die Kliniken.

(C) Wir beginnen in der nächsten Woche zusammen mit dem Arbeitsministerium und dem Familienministerium die konzertierte Aktion für die Pflege. Denn jeder weiß: Stellen schaffen alleine löst das Problem nicht. Die Stellen müssen auch besetzt werden. Da geht es um die Attraktivität des Pflegeberufs. Die Ausbildung für einen solchen Beruf, also Fragen, wie die Ausbildung angelegt ist und welche Perspektiven sie für den weiteren Weg bietet, ist ein ganz wichtiger Baustein. Deswegen ist es gut, dass wir mit der Verordnung, die heute hier beschlossen werden soll, die Einzelheiten – auf diese warten alle, damit es zum 1. Januar 2020 mit der einheitlichen Pflegeberufsausbildung losgehen kann – eines gut qualifizierten, perspektivebietenden Pflegeberufs für die berufliche und die hochschulische Ausbildung festlegen. Ich bin dem Familienministerium und der Frau Kollegin Giffey genauso wie den Kollegen in der Koalition sehr dankbar, dass wir das so zügig miteinander hinkommen haben. Das ist ein starkes Signal für die Pflege und die Pflegekräfte in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

(D) Dazu gehört – wir haben die Finanzierungsverordnung parallel vorgelegt – ein ganz wichtiges Thema. Zu Recht gab es über viele Jahre Aufregung darüber, dass in der Pflege noch Schulgeld zu zahlen war, und zwar in manchen Bundesländern bis heute. Es kann doch nicht sein, dass man in einem Bereich, wo wir so dringend Nachwuchs und jede einzelne Pflegekraft brauchen, Schulgeld zu zahlen hat, also noch Geld mitbringen muss. Das beenden wir hiermit und legen fest, dass es endlich eine Ausbildungsvergütung gibt. Das haben diejenigen, die sich für diesen Ausbildungsberuf entscheiden, verdient. Schluss mit Schulgeld und endlich eine Ausbildungsvergütung!

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Kordula Schulz-Asche [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Natürlich gehören zum Pflegeberuf Empathie, Leidenschaft und Einfühlungsvermögen, aber auch Wissen und Können. Deswegen ist es wichtig, dass wir den Stand des Jahres 2018 für die Pflege von Kindern und Jugendlichen, von alten und älteren Menschen genauso mit Blick auf die Krankenpflege in den Krankenhäusern wie mit Blick auf die Altenpflege in den ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen hier gemeinsam sowohl in berufspädagogischer Hinsicht als auch bei den Inhalten und vor allem im Hinblick auf die Aufgaben, die uns in Zukunft erwarten, mit dieser Ausbildungs- und Prüfungsverordnung festschreiben.

Aber ich will eines schon sagen, weil ich ja auch ahne, was der eine oder andere nach den Stellungnahmen der letzten Tage und nach der Anhörung öffentlich gesagt hat: Mich irritiert etwas, wie die Debatte mit Blick auf die Altenpflege geführt wird. Denn natürlich geht es darum, eine gute Balance zu schaffen; darum haben wir ja auch gerungen. Es ist uns gelungen, gut austariert ein hohes Niveau für diejenigen, die sich im dritten Jahr für die Altenpflege entscheiden, festzuschreiben; denn natürlich – ich sage es noch mal – gehört das nötige Wissen zur Ausbildung und zur Pflege mit dazu.